

gen ihrer Stellung an sich erfahren“ (zit. nach Fidesdienst, 1. 9. 71).

Auch in anderen Arbeitskreisen bedauerte man, daß viele Führungskräfte, die eigentlich nur durch kirchliche Unterstützung (Schule, Universität, Stipendien usw.) in ihre hohen Positionen aufrücken konnten, oftmals bereits nach kurzer Zeit den Kontakt zu den unteren Schichten und zur Kirche verlieren. Um eine Änderung in dieser Einstellung herbeizuführen, will man sich um eine geeignetere Ausbildung, um bessere Kontakte und eine weitgehende Bewußtseinsbildung kümmern.

### *Kontroversen um Ehefragen*

War man sich in der ersten Themen- gruppe weitgehend einig gewesen, so zeigten sich beim Thema Ehe und Familie größere Diskrepanzen. Sie entzündeten sich an den Fragen der *Polygamie* und der *Geburtenregelung*. Eingehend beschäftigte man sich mit der traditionellen Eheauffassung und all ihren Aspekten (Ferntrauung, Verwandtenunterstützung, Konkubinat, Brautpreis). Zwar forderte man die Abschaffung dieser Traditionen, besonders des die Braut zur Handelsware degradierenden Brautpreises, doch fanden sich auch Befürworter für eine wohlwollende Zulassung und Segnung derjenigen polygamen Ehen, die sich als beständig erwiesen haben. Auch von einer grundsätzlichen Verurteilung der Vielehe wurde abgeraten. Man dürfe nicht verkennen, daß manche Familienbindung und die materielle Versorgung vieler Frauen dadurch aufrechterhalten würden. In einer scharfen Erwid-erung erklärte Erzbischof Zoa: „Wenn wir uns eingedenk bleiben, daß wir nicht hier sind, um neue Dogmen zu formulieren, und wenn wir die christliche Liebe verstehen, dann haben wir die Lösung für die Polygamie. Eure Bischöfe können nicht gut nen-

nen, was in Wirklichkeit schlecht ist.“ Für zukünftige Diskussionen wurden zahlreiche Stichworte genannt. Es zeigte sich ein großer Nachholbedarf in der Behandlung von Fragen wie „Liebe“ und „voreheliche Beziehungen“.

Eine Gruppe vertrat die Ansicht, alle laufenden Bemühungen um eine Geburtenkontrolle seien falsch und unangebracht. Afrika sei ein unterbevölkerter Kontinent und brauche mehr Menschen. Alle anderen Behauptungen seien von falschen Motiven getragen. In Wirklichkeit komme es nur auf eine effektive Nutzung der Quellen und Rohstoffe an. Die Befürworter einer Geburtenkontrolle dagegen stützten sich sogar auf „*Humanae vitae*“ und forderten Beratungsstellen über die Knaus-Ogino-Methode. Gegen einzelne Bestrebungen für eine umfassende Geburtenkontrolle wandte sich die Mehrheit der Vollversammlung. Sie verwies u. a. auf die mit solchen Methoden verbundene sexuelle Ungebundenheit der Jugend.

Angesichts akuter Schulkonflikte (z. B. in Nigeria) kamen die Ergebnisse des dritten Themenbereiches überraschend. Der Arbeitskreis befürwortete weitgehend eine Übernahme der katholischen Schulen durch die Regierung. Anstatt über diese Entwicklung zu jammern, solle sich die Kirche zusammen mit den Regierungen um eine Neuordnung des Erziehungswesens kümmern. Dabei komme es auf eine bessere Beziehung zur afrikanischen Volksseele und Tradition sowie auf eine Intensivierung der technischen Ausbildung an.

Als wichtigste Forderungen wurden abschließend genannt: Die Kirche möge sich mehr um die im politischen Leben engagierten Laien kümmern; man dürfe nicht aufhören, auf die überall in Afrika anzutreffenden Fälle von Folterung und Verfolgung aus religiösen, ethnischen und politi-

schen Gründen hinzuweisen. Die Weltöffentlichkeit wurde aufgerufen, auf die für die Familien unerträglichen Bedingungen der Arbeiter in Südafrika und Rhodesien hinzuweisen, wo aus Gründen der Produktion die Familien oft monatelang auseinandergerissen werden. Jeder in Afrika müsse darauf hinwirken, daß die Eltern ihre große Verpflichtung als erste Erzieher ihrer Kinder erkennen und wahrnehmen. Im Bereich der *Massenkommunikation* komme gerade der Kirche Afrikas große Bedeutung zu, die noch nicht überall genügend genutzt wird. Es wurde eine Reihe von Resolutionen zur Arbeit und Struktur des afrikanischen Laienwesens verabschiedet. Man war entschlossen, einen festen Zusammenschluß mit einem Ständigen Sekretariat zu bilden. Aus diesem Grunde wurde das für den Kongreß zuständige Leitungsteam beauftragt, zumindest ein Jahr lang die Arbeit fortzusetzen, die Verwirklichung der Beschlüsse zu überwachen und die neuen Strukturen vorzubereiten.

Wichtig war die allgemein erkennbare Öffnung zu den anderen christlichen und nichtchristlichen Gemeinschaften. Ein besonderes Programm soll die Möglichkeiten der Zusammenarbeit darlegen. Wie so oft bei Tagungen dieser Art wird ein wirkliches Ergebnis erst später zu verzeichnen sein. Für alle Beobachter bestand der Eindruck darin, daß mit großer Energie und mit Eifer gearbeitet wurde. Die Fülle der anstehenden Themen ließ trotz aller Vorbereitung längst nicht alle Fragen klären. Die Veranstalter hatten sich zuviel vorgenommen. Aber wenn die Anstöße von Accra nun wiederum an der Basis behandelt und aufgegriffen werden, ist dieser Mangel sicherlich bald aufgehoben. Für das afrikanische Selbstbewußtsein und die Kirche Afrikas ist die Bedeutung des Treffens nicht hoch genug einzuschätzen.

## **Länderbericht**

### *Undurchsichtige Entwicklung im Sudan*

Der Sudan liefert wieder Schlagzeilen. Seit dem mißglückten Putschversuch im Juli rätseln Kommentatoren, wie man das Ganze einzuordnen habe. Als im Mai 1969 Oberst *Numeiri*, bald darauf zum General geworden, an die Macht kam, sprach man vom „Linksputsch“. Kommunisten unterstützten das neue Regime, die Ostblockländer leisteten Wirtschafts- und Militärhilfe. Einige Minister

waren bekannte Kommunisten, andere Marxisten. Der arabische Sozialismus, den General *Numeiri* vertrat, schien, so nahm man nach der Verstaatlichung der Banken und ähnlichen Maßnahmen an, links einzuordnen zu sein. Diese Annahme schien im Vorgehen gegen konservativ-islamische Kräfte, wie etwa die Ansarsekte, deren Anhänger man zusammen mit ihrem Anführer, einem Nach-

kommen des Mahdi, blutig zusammenschlug, im Frühjahr 1970 ihre Bestätigung zu finden. Geleitet wurde diese Aktion übrigens von Major *Atta*, der inzwischen nach mißglücklichem Putsch hingerichtet worden ist.

### *Numeiri und die Kommunisten*

Dann aber wandte sich Numeiri den Kommunisten zu. Er entließ einige kommunistische Minister aus der Regierung und steigerte sich bis zur offenen Ankündigung eines Vernichtungskampfes gegen diese Partei, die ihm den Namen „Zerschmetterter“ einbrachte. Die französische Monatszeitschrift „*Croissance des Jeunes Nations*“ brachte in ihrer Aprilnummer einen Bericht französischer Besucher, die um diese Zeit in Khartum waren. „Wir werden sie ausradieren. Wir werden sie von Straße zu Straße verfolgen, von Haus zu Haus, bis zum letzten.“ Der Fremdenführer habe ihnen an diesem 12. Februar die Rede Numeiris, die den ganzen Tag lang über Lautsprecher in der Stadt ertönte, ohne Zögern übersetzt und dazu gesagt: „Er erklärt den Kommunisten den Krieg.“

Numeiri warf den sudanesischen Kommunisten vor, sie hätten sich mit der Reaktion verbunden. Er nahm es ihnen besonders übel, daß sie sich der Föderation mit Ägypten, Libyen und Syrien widersetzen, daß sie versuchten, Gewerkschaften gegen die Administration der Regierung aufzuhetzen. Sie hätten Flugschriften verfaßt, die gegen die Regierung gerichtet sind, und sie zudem in der Nähe von ausländischen Botschaften verteilt, damit ihr Inhalt im Ausland bekannt werde. Die Existenz ihrer Partei sei nicht gerechtfertigt. Doch Numeiri wußte zu unterscheiden. „Die Haltung der Revolution gegenüber der kommunistischen Partei berührt auf keinen Fall unsere Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern“ („*Afrique Nouvelle*“, 25. 3. 71).

Die Kommunisten hatten nämlich diese Föderation — offensichtlich in bewußter Anlehnung an den faschistischen Sprachgebrauch — als „Achse“ bezeichnet und erklärt: „Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Einheit nicht aufgelegt werden kann. Sie kann nur verwirklicht werden, wenn sie Klarheit über ihre politischen und sozialen Ziele erlangt hat, nur, wenn sie durch den frei und demokratisch geäußerten Wunsch des Volkes zustande gekommen ist“ („*Frankfurter Allgemeine Zeitung*“ vom 4. 12. 70). Sicher fürchteten die sudanesischen Kommunisten das Los ihrer ägyptischen Genossen. Sie wollten nicht auch in einer nationalen Einheitspartei aufgehen. Die Juli-Ereignisse sind aus der Tagespresse bekannt. Numeiri sagte bald nach der Niederschlagung des Putsches, er sei zwar Sozialist, habe aber nichts mit dem atheistischen Kommunismus zu tun. Unter seinen Gegnern übte er blutige Vergeltung.

Unter den Opfern ist *J. Garang*, bis zuletzt Minister für die Angelegenheiten des Südsudans. Als Katholik aufgewachsen, war er später von der Kirche abgefallen. Missionare erzählen, den letzten Anstoß habe die Tatsache gegeben, daß zur Christmette in einer südsudanesischen Bischofskirche nur Europäer zugelassen waren. Erst eine zweite Messe war für Afrikaner bestimmt. Er organisierte dann die kommunistische Partei, besonders unter der studentischen Jugend im Süden. Dabei konnte es geschehen, daß er darum bat, eines der Parteitreffen in Räumlichkeiten einer Missionsstation abhalten zu dürfen. General Numeiri machte ihn 1969 zum Minister für die Angelegenheiten des Südsudan. Er vertrat den Sudan, als Paul VI. 1969 nach Kampala (Uganda) reiste. Im Oktober vorigen Jahres empfing er die Bischöfe *Dud* von Wau und *Baroni*

von Khartum zu einer Aussprache über Probleme, die sich aus der Wiedereröffnung von Kleinseminaren im Südsudan ergaben. Noch im Frühjahr 1971 war er in Rom und gab sich hinsichtlich der Lösung des Südsudanproblems optimistisch. Zur gleichen Zeit sahen sich andere Beamte seines Ministeriums bereits nach neuen Arbeitsmöglichkeiten um, weil sie die zunehmende Unsicherheit der Lage spürten.

### *Welche Rolle spielt das Südsudanproblem?*

Es wäre sicher falsch, direkte Zusammenhänge mit den jüngsten Vorfällen zu konstruieren. Immerhin wuchs die Unzufriedenheit der Bevölkerung wegen des wirtschaftlichen Niederganges. Und dieser war sicher durch die hohen militärischen Ausgaben mitverursacht. Die westafrikanische Wochenzeitung „*Afrique Nouvelle*“ vom 24./30. 6. 1971 schrieb als Titel über eine Bestandsaufnahme aus Anlaß der Wiederkehr des Jahrestages des Putsches: „Zwei Jahre nach der Machtübernahme hat das Militärregime keine wichtige Frage gelöst.“

Numeiri hatte bald nach seiner Machtergreifung im Jahre 1969 eine Lösung für das Südsudanproblem versprochen. Er nannte als Grund für die Abschaffung der Parteien, das Volk sei gegen sie, weil sie das Problem des Südens nicht haben lösen können. Er sprach offen aus, daß es zwischen Nord und Süd geschichtliche Unterschiede gebe, und im Herbst 1969 fand er bei einer Fahrt durch den Süden Worte, wie sie keiner seiner Vorgänger äußerte: alle früheren Staatspräsidenten wären nur auf luxuriöse Aufmachung im Norden ausgewesen, den Süden hätten sie der Armut und Unwissenheit überlassen. Ja, Numeiri sagte sogar, die früheren Regierungen hätten den Süden unterdrückt und seine Entwicklung verhindert. Die Zeit sei jetzt vorbei, in der die Regierung dem Militär den Befehl gegeben habe, das Volk rücksichtslos zu massakrieren.

Aus derartig massiven Anklagen der Vergangenheit gewann man den Eindruck, daß jetzt ein neuer Weg beschritten würde. Dem Süden wurde eine relative Autonomie versprochen. Doch niemand konnte genau sagen, worin sie bestehen sollte. Und als Vorbedingung galt immer noch die endgültige Ausschaltung der Südsudanrebellen. Der Kampf verschärfte sich wieder. Auch aus der Luft griff man in die Kämpfe ein, wie von Uganda aus beobachtet wurde. Im Frühjahr kam es dann zu Geheimverhandlungen in London (Fides-Dienst vom 21. 4. 71 unter Berufung auf DIA). Doch sie scheiterten.

Jüngstes Zeugnis von der Härte des Kampfes und den Leiden der Zivilbevölkerung ist ein Schreiben, das am 22. Juli in Rom bekannt wurde (KNA 22. 7. 71). Darin schreibt ein Vertreter der „Südsudanesischen Befreiungsfront“ an Papst *Paul VI.*, zugleich auch an den Generalsekretär des ÖRK, *E. C. Blake*, und an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, *U Tant*, daß in den vergangenen Wochen 2000 sudanesischen Soldaten mit Unterstützung sowjetischer Flugzeuge in der Provinz Equatoria in der Gegend von Palwar alle Dörfer vernichtet, die Ernten zerstört, Männer, Frauen und Kinder getötet hätten. Zwar hätten die Truppen der „*Anya Nya*“ versucht, der Bevölkerung zu Hilfe zu kommen. Sie hätten jedoch gegen Napalmbomben und besonders ausgebildete sudanesischen Elitetruppen nicht ankämpfen können. Abschließend heißt es: „Wir bitten Sie, unverzüglich zu in-

tervenieren und die Regierung von Khartum aufzufordern, diesen Völkermord zu beenden und neutralen Beobachtern zu erlauben, in das Innere des Südens zu gehen.“

Es ist bezeichnend, daß sich die Juli-Putschisten beeilten, von einer baldigen Autonomie des Südens zu sprechen. Der designierte Staatschef *El Nur* nannte dies noch vor seinem Abflug aus London — in den Tod — die einzig „wissenschaftliche“ Lösung dieses Problems. Aber auch hier lautete die ominöse Vorbedingung, zuvor müßten erst Ruhe und Ordnung im Südsudan hergestellt sein. Immerhin muß man den Kommunisten bescheinigen, daß sie sich wiederholt, so auch auf der „Konferenz am Runden Tisch“ von 1965 für eine relative Autonomie des Südsudans eingesetzt hatten. Sie waren aber niemals gegen die Extreme, die völlige Integration oder totale Los-trennung forderten, durchgedrungen.

### *Zweideutiges Werben um die Kirche*

Das Verhältnis von Staat und Kirche scheint sich unter Numeiri gebessert zu haben. Bekanntlich war die Missionstätigkeit schon vor der Unabhängigkeit im Jahre 1956 durch jene administrative Zweiteilung der Kolonialherren mitgezeichnet, die ihr im Norden nur die Betreuung der Gläubigen und sozial-karitative Tätigkeit gestattete, während sie im Süden eigentliche Glaubensverkündigung ausüben durfte. Deshalb sind auch heute noch die Christen im Norden, der kulturell-religiös als arabisiert-islamisch anzusprechen ist, eine kleine Minderheit. Auch im Süden sind sie eine Minderheit — das muß immer wieder betont werden, damit die dortigen Auseinandersetzungen in der rechten Perspektive gesehen und nicht als Christenverfolgung bezeichnet werden. Aber 400 000 Christen bei vier Millionen Südsudanesen, wie die letzten Ziffern vor der Massenflucht und den Massenverlusten durch Krieg und Kriegsfolgen im Jahre 1964 noch hießen, sind doch eine beachtliche Minderheit. Die Kirche wider-setzte sich der Zwangsarabisierung und -islamisierung und handelte damit die Ausweisung aller weißen Missionskräfte ein.

Numeiri war der erste Staatspräsident, der offen aussprach, allerdings gerade auf einer Rundreise durch den Süden, daß man dessen Eigenart und die Rechte der Menschen dort unterdrückt hat. Damit fand sich für die Kirche Grund und Boden für Verhandlungen. Auch von staatlicher Seite ist man daran interessiert, zwischen Rebellen und Kirche einen Unterschied zu machen, in dem Sinne freilich, daß die Kirche sich ganz aus der Politik heraushalten und damit sich auch nicht für Menschenrechte stark machen solle. Bei allem Taktieren von seiten der Kirche muß man beachten, daß sie immer noch über 50 europäische Missionare und über 100 europäische Ordens-schwester in den nordsudanesischen Apostolischen Vikariaten Khartum und El Obeid stationiert hat. Sie will nicht noch einmal — und dann endgültig — eine Ausweisung auch dieser Kräfte riskieren.

Betrachtet man die seelsorgliche Lage im Sudan, so muß man praktisch drei Gebiete unterscheiden. Im Nordsudan handelt es sich um eine wachsende Kirche der kleinen Herde. Sie wächst durch Zuzug aus dem Süden, d. h. sie wächst an Armen und Erwerbslosen, die diese Not der Ungewißheit im Süden vorziehen. Gleichzeitig scheint der Glanz der von der Kirche unterhaltenen Schulen, wie des Comboni-Collegs in Khartum, etwas zu verblassen, da der Staat aufholt. Zeichen des besseren Einvernehmens

sind hier die Eröffnung einer zweiten Pfarrkirche in Khartum am 8. Januar 1970 durch den Vizepremier Awadalla — einen Tag vor der Konsekration, die Eröffnung eines Amtes für christliche Angelegenheiten beim Unterrichtsministerium, die Eröffnung eines katholischen Informationszentrums in Khartum, das auch für die Erstellung der katholischen Rundfunkprogramme im Rahmen der religiösen Sendungen des Staatssenders Omdurman sorgt. Die Regierung will jetzt auch, daß das geplante Priesterseminar nicht in Juba im Südsudan, sondern in Khartum eröffnet wird.

Man pflegt Kontakt zu den Bischöfen. Als 1969 Bischof Dud von Wau, der einzige einheimische, d. h. südsudanesischer Bischof, von der Bischofssynode zurückkehrte, empfing ihn ein Mitglied des Revolutionsrates und dankte ihm für sein Bemühen um die Stabilität im Süden unter Zusicherung materieller und moralischer Unterstützung. Bald darauf, am 6. November, versicherte ihm der Innenminister: „Der Revolutionsrat wird den religiösen Autoritäten im Süden beim Kirchenbau helfen und verlangt, daß alle ins Ausland geflohenen Priester zurückkehren.“ Guter Beziehungen zu staatlichen Stellen scheint sich auch der Apostolische Delegat Calabresi zu erfreuen. Er durfte nicht nur den Norden, sondern 1970 auch einige Wochen den Südsudan bereisen. Dabei gewann der diplomatische Vertreter des Papstes einen recht optimistischen Eindruck über die Lage im Süden.

### *Die Kirche und der Süden*

Hier jedoch muß man noch einmal zwei Gebiete unterscheiden. Das eine sind die kleinen und größeren „Städte“ sowie die sogenannten „Friedensdörfer“, von der gegnerischen Seite „Konzentrationsdörfer“ genannt. In ihnen sammelt man die Bevölkerung aus dem Busch — auch mit Gewalt — ringsum in Militärlagern, um so den Rebellen jegliche Unterstützung zu entziehen. Demgegenüber liegt das weite Aufstandsgebiet im Busch, Urwald und Sumpf. Dort wird gekämpft und gemordet, wobei die Fronten durch Reibereien zwischen Gruppen von Aufständischen weiter aufgespalten sind. Wie groß diese Gebiete sind, ist nicht genau zu ermitteln. Hier jedoch ist von den südsudanesischen Städten aus keine Seelsorge möglich. Daß es aber im Aufstandsgebiet trotzdem Katechisten und gelegentlich auch durchreisende Priester gibt, ist der Tatsache zu verdanken, daß in den Nachbarstaaten nicht nur Hunderttausende von Flüchtlingen leben — die UN-Flüchtlingskommission spricht von 180 000, aber sicher sind es mehr —, sondern daß hier auch eine ganze Anzahl von Exilpriestern leben, die das Risiko auf sich nehmen, etwa zu den Hochfesten, wie Weihnachten und Ostern, in den Südsudan einzureisen. Dazu kommen Katechisten, die ständig mit den Menschen mitziehen, die ihren Wohnsitz immer wieder verlegen, um nicht in Friedensdörfer geschafft zu werden oder Napalmbomben zum Opfer zu fallen. (Daß letzteres keine Greuelmär ist, wurde von Uganda aus beobachtet und von illegal eingereisten Reportern wiederholt bestätigt.)

Man kann sich denken, daß die Regierung an der Tätigkeit dieser Priester und an der Berichterstattung aus dem Aufstandsgebiet keinen sonderlichen Gefallen hat. Allein die Anwesenheit der Priester und Katechisten stärkt den Widerstandswillen der Bevölkerung. Der Apostolische Delegat reiste deswegen in die benachbarten Länder, um die Priester zur Rückkehr in den Sudan zu bewegen.

Einige folgten der Aufforderung, die meisten blieben. Die Zahl der Exilpriester wird noch steigen. Allein in Uganda studieren gegenwärtig 29 Seminaristen Theologie und 13 Philosophie. Südsudanesische Jungen studieren an vier Kleinseminaren in Uganda, in Kilomines (Kongo-Kinshasa) und in Mboki (Zentralafrikanische Republik). Die Frage der Inkardination der Neupriester ist immer noch nicht gelöst.

Für seine Europareise gab die Regierung, wie Radio Omdurman am 14. November 1970 meldete, dem Apostolischen Delegaten ein Memorandum mit. Er sollte allen Einfluß aufbieten, die „feindliche“ Kampagne gegen den Sudan zu unterbinden, die gerade in klerikalen Kreisen intensiver geworden sei. Calabresi kam tatsächlich nach Italien und auch in die Bundesrepublik Deutschland und versuchte, seinem Auftrag gerecht zu werden. Nach seiner Rückkehr berichtete er über seine Eindrücke. Seiner Ansicht nach sind es nicht eigentlich kirchliche Kreise, die sich in derartigen „Kampagnen“ betätigen.

Noch ist nicht ersichtlich, ob das Verhältnis des Staates zur Kirche durch den Prozeß gegen Oberst Steiner einer neuen Belastungsprobe ausgesetzt wird. Die Anklage nannte ausdrücklich den Orden der Kombonianer, der Kontakte zu Steiner gehabt haben soll. Sie aber sind die einzigen weißen Missionskräfte, die noch im Nordsudan tätig sind. Von daher ist es verständlich, daß sich ihr Generaloberer Agostoni am 25. August ausdrücklich von Steiner distanzierte (KNA 26. 8. 71). Agostoni stellte fest, er habe Steiner weder jemals gesehen noch gesprochen. „Offensichtlich sind viele der im Zusammenhang mit dem Steiner-Prozeß erhobenen Anklagen ein erfundenes Gemisch von Lügen, um die Kirche und einige ihrer Institutionen in die Affäre hineinzuziehen“, hieß es weiter in der Erklärung.

Vor Ausgang des Prozesses kann noch nicht mit Sicherheit gesagt werden, daß die andere Seite mit dieser Erklärung zufriedengestellt ist. Tatsächlich scheint es, daß kirchliche karitative Stellen in ihrem verzweifelten Bemühen, der Bevölkerung im südsudanesischen Aufstandsgebiet zu helfen, Kontakte mit dem Söldnerführer Steiner hatten.

### *Ein Appell an die Bischöfe*

Daß man im Lande nicht immer mit dem vorsichtigen Taktieren kirchlicher Stellen einverstanden ist, beweist ein Brief, den südsudanesische Studenten aus El Obeid an die sudanesische Bischofskonferenz sandten, gleichsam um Beratungsstoff für die Frühjahrskonferenz 1971 zu liefern. Der Brief hat folgenden Wortlaut (SIM 1. 4. 71, 74 f):

„Wir wissen, daß Sie sich in kurzem in Khartum zu Ihrer Jahreskonferenz versammeln. Das ist ein bedeutendes Ereignis im Leben der sudanesischen Kirche. Jeder Christ muß daran interessiert sein. Deshalb haben wir schwarzen Studenten von El Obeid uns entschlossen, Ihnen diesen Brief zu senden mit dem Ziel, Ihre Aufmerksamkeit auf einige Punkte zu lenken, die für das Leben der Kirche wichtig sind. Und zwar (geht es um folgendes):

1. Es ist eine Grundverpflichtung der Kirche, das Evangelium jedem zu verkünden, der es nicht kennt. Aber im Augenblick wird für die Evangelisierung im Süden wenig getan. Wenn das durch den Priestermangel begründet ist, warum sollte man dann nicht Hilfe aus Uganda und Ostafrika erbitten?

Wir denken, daß Sie unsere sudanesischen Priester (im Ausland) zur Rückkehr ermutigen müssen. Es ist ihre Pflicht zurückzukehren, aber sie können dazu nicht gezwungen werden. Falls sie sich weigern, erbitten Sie die Hilfe anderer.

2. Die Kirche hat die Aufgabe, ihre eigenen Rechte zu verteidigen. Sie muß reden, wenn das notwendig ist. Wir denken, daß dies besonders Euch betrifft, die Bischöfe und Ordinarien des Sudan, besonders Sie, die sudanesischen Bischöfe. Leider sind wir Zeugen so vieler tragischer Ereignisse. Warum muß die Kirche immer im Schweigen verharren? Erinnern Sie sich der Worte des Herrn: „Man wird euch vor die Gerichte bringen und verfolgen um meines Namens willen.“ Sie haben die Pflicht, Verteidiger der Rechte des Menschen zu sein. Sie müssen die Wahrheit sagen, auch wenn Ihnen das Schwierigkeiten bereitet.

Sie wissen, daß die Mehrheit unserer sudanesischen Priester im Exil lebt und Angst hat zurückzukehren. (Einer der Gründe ist, daß sie in Ihnen keine mutigen Führer finden, die sie in schwierigen Augenblicken verteidigen können.)

3. Sprechen wir weiter vom Priestermangel. Er ist evidente Tatsache. Viele Kirchen sind seit Jahren aufgegeben, zerfallen. Wo soll man neue Priester finden? Viele Kirchen sind weitab von den Dörfern erbaut worden. Das hindert die ausländischen Priester daran, seien sie Europäer oder Afrikaner, dorthin zu gehen. Nur die einheimischen sind dazu in der Lage. Deshalb muß das Seminar gut organisiert werden. Das Kleinseminar könnte in Wau und das Priesterseminar in Khartum sein, da es im Süden keine Lehrer gibt.

Die Priesterkandidaten müssen hier im Sudan und dürfen nicht im Ausland ausgebildet werden. Sie können später zu weiterer Spezialisierung ins Ausland gehen.

4. Sie müssen Ihr Bestes tun, die christlichen Lehrer im Süden zu überzeugen, besonders die der Elementar- und Mittelschulen, zur Erteilung des Religionsunterrichtes in ihren Schulen bereit zu sein. Jungen und Mädchen werden manchmal durch die Tatsache, daß sie keinen Lehrer haben, der sie in Religion unterrichtet, dazu gezwungen, Muslimen zu werden.

5. Die Zahl der Katechisten muß erhöht werden.

6. Der christliche Glaube ist im Süden infolge des Fehlens der religiösen Unterweisung in Gefahr. Viele alten Christen haben das Wort Gottes vergessen, da sie keinen Kontakt zu Priestern mehr haben. Die Kirche muß den Kontakt zu allen Christen wiederherstellen. Die Priester im Süden müssen viel häufiger die seit 1964 aufgegebenen Kirchen besuchen, um die Christen zu Gebet und zu Gottesdiensten zu versammeln. Viele Kirchen sind seit 1964 nicht mehr von Priestern besucht worden.

7. Wir denken, daß die Kirche nicht genug für die Evangelisierung des Stammes der Nuba im Norden tut.“

Zum Schluß erklären die Studenten, Zweck dieses Briefes sei es nicht, die Kirche anzugreifen oder sie zu kontestieren. Sie wollten nur einige Gedanken darlegen, weil sie sich alle für die Kirche verantwortlich fühlen.

Die Studenten bitten die Bischöfe, „aufrichtig zu sein und keine Furcht zu haben, die Wahrheit zu sagen“. Sie beschwören die Bischöfe, an die Forderung der Schrift zu denken: „Wir müssen Gott mehr gehorchen als den Menschen. Wir müssen das verkünden, was wir gesehen haben.“